Richter Holmes steht gerechtfertigt da

Absetzung des städtischen Ankläger Murray, der Holmes beim Gouverneur verklagte, verlangt.

Die Stadtkommissäre befaßten sich heute mit dem öffentlichen Ankläger Murray, der sich aus Feindschaft gegen den amtierenden Polizeirichter Holmes verleiten ließ, diesen wegen Pflichtvernachlässigung beim Gouverneur zu verklagen und auf dessen Absetzung zu dringen. Der Fall wurde untersucht und Holmes von aller Schuld freigesprochen. Butler verlangte, daß Murray öffentlich Abbitte bei Holmes leiste. Zimman bestand darauf, daß Murray abgesetzt werde; die Angelegenheit aber wird erst dann erledigt werden, sobald der Mayor wieder sein Amt versehen kann. Allem Anschein nach aber dürfte Murray abgesetzt werden.

Berchtold will den Krieg nicht verschuldet haben

London, 6. Okt. — Der „Daily News" wird von ihrem Korrespondenten in der Schweiz ein Interview mit dem früheren österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren, Grafen Berchtold, übermittelt, in welchem sich der in der Schweiz lebende Ex-Minister über seine Rolle bei der Kriegserklärung an Serbien aussprach.

Das von der jetzigen österreichischen Regierung veröffentlichte Rotbuch läßt den Eindruck zu, daß Graf Berchtold seinerzeit die Unterschrift Franz Joseph's zu der Kriegserklärung auf nicht ganz einwandfreiem Wege erlangt habe, indem er dem Kaiser meldete, serbische Truppen hätten bereits eine österreichische Truppenabteilung attackiert. Später aber habe der Minister diesen Passus in der Kriegserklärung gestrichen und zwar, weil sich die Meldung nicht bewahrheitet habe.

Graf Berchtold äußerte sich dazu, daß tatsächlich ein solcher Angriff gemeldet worden sei. Der Bericht sei später dementiert worden, weshalb die Streichung des Passus in der Kriegserklärung erfolgt sei. Im übrigen sei die Sache von keiner Bedeutung gewesen, denn der Krieg sei wegen politischer Gründe an Serbien erklärt worden und weil dasselbe die österreichischen Forderungen nach dem Mord von Serajewo nicht angenommen habe.

Graf Berchtold erklärte sodann: „Ich weiß nicht, warum ich gewissermaßen als moderner Machiavelli hingestellt worden bin. Ich habe ein vollständig reines Gewissen. Es ist nicht möglich, die Verantwortung für den Krieg irgend einer Einzelperson aufzuhalsen, denn der Krieg war das Resultat verschiedener Umstände und Zustände, in die Europa mit der Zeit hineingetrieben worden war.

Eisenbahner gehen zur Konferenz

Washington, 6. Okt. — In elfter Stunde haben sich die vier großen Bruderschaften besonnen und beschlossen, die heute nachmittag stattfindende Industriekonferenz zu beschicken. Die Delegaten sind: W. G. Lee von den Zugbediensteten; Timothy Shea von den Heizern; L. E. Sheppard von den Kondukteuren und Herman Ekins von den Lokomotivführern. Die einzigen, welche die Konferenz aber nicht beschickt haben, sind die United Mine Workers of Amerika.

Mordversuch und Selbstmord

Herman O. Wilkinson, im hiesigen Union Hotel wohnhaft, begab sich gestern nach Ashland, Nebr., in der Absicht seine Frau, von welcher er getrennt lebte, zu töten. Er schlich gegen 3 Uhr morgens in das Haus seiner Schwiegereltern, wo sich seine Frau aufhielt, drang unbemerkt in das Schlafzimmer derselben und feuerte blindlings drei Schüsse auf die Schlummernde ab. Keiner der Schüsse traf. Dann begab er sich auf die Straße und schoß sich eine Kugel durch den Kopf.

Eifersucht war das Motiv zur Tat. Das Ehepaar war 11 Jahre verheiratet; die Ehe war eine unglückliche.

Washington, 6. Okt. — Auf den Wunsch des Präsidenten Wilson und dessen Gemahlin hin hat Sekretär Tumulty heute die Liste der Geschenke, welche Herrn und Frau Wilson auf ihrer Europareise zuteil wurden, veröffentlicht. Dieses ist geschehen, um zu zeigen, daß der Wert der Geschenke kein übertrieben großer ist. Unter den Geschenken befinden sich solche von europäischen Hauptstädten, vom Papst, Kardinal Mercier, dem König und der Königin von Belgien und Studenten von Paris und Rom.

Obergericht soll die Bierfrage entscheiden

Washington, 6. Okt.—General-Solicitor King hat das Bundesobergericht ersucht, sich sobald wie möglich mit dem Fall der Ver. Staaten gegen die Standard Brewery of Maryland zu beschäftigen. Gerichte in unterer Instanz haben entschieden, daß unter der Kriegsprohibition Bier von 2.75 Prozent Alkohol nicht berauschend ist. Die Regierung wird in diesem Prozeß geltend machen, daß Bier, welches mehr wie einen halben Prozent Alkohol enthält, berauschend ist.

Quartalversammlung der Plattdeutschen

Die letzten Sonntag stattgehabte Quartalsversammlung des Omaha Plattdeutschen Vereins war gut besucht; es kamen jedoch nur Routinegeschäfte zur Verhandlung. Aus dem Vierteljahresbericht des Finanzsekretärs Ernst Koenig ergab sich, daß der Verein trotz widriger Verhältnisse während der verflossenen drei Monate finanziell gut abgeschnitten hatte, desgleichen die Deutsche Hausgesellschaft. Der Verkauf des Deutschen Hauses kam wieder aufs Tapet, indessen ging die Meinung der meisten Anwesenden dahin, das Haus, wenn es nicht einen annehmbaren Preis bringt, zu behalten, auch wenn jedes Mitglied mit einer Extrasteuer belastet werden sollte.

154 Soldaten aus Sibirien zurück

San Francisco, 6. Okt. — Auf dem Transportdampfer Thomas sind hier heute 154 amerikanische Soldaten aus Sibirien eingetroffen.

Petlura erklärt Krieg gegen Denekin

Basel, 6. Aug. —Meldungen aus Wien bestätigen den Bericht, daß General Simon Petlura, Führer der Ukrainer Streitmächte, dem Führer der Antibolschewisten in Südrußland, General Denekin, den Krieg erklärt habe.

Betriebsaufnahme in einem Stahlwerk

Weirton, W. Va., 6. Okt. — Die vor etwa Wochenfrist geschlossenen Anlagen der Weirton Stahl Gesellschaft, wurde heute wieder in Betrieb gesetzt, nachdem sich 900 Angestellte bereit erklärten, zur Arbeit zurückzukehren. Einem Bericht der Betriebsleitung zufolge arbeiten die Werke mit halber Mannschaft.

Zwei Farbige in Georgia gelyncht

Washington, Ga., 6. Okt.—Einer hier eingetroffenen telephonischen Nachricht zufolge wurden die Farbigen Jack Gordon und Will Brown von einem Mob aus dem Gefängnis zu Lincolnton herausgeholt und gelyncht. Die Leichname wurden dann verbrannt.

Ein fesselnder Vortrag

In der von gespannten Zuhörern überfüllten geräumigen St. Josephskirche hielt Sonntag abend Pater Leo Kalmers, O. F. M., von Joliet, Ill., einen hochinteressenten Vortrag über seine Erfahrung als Kaplan des berühmten Illinois Staatszuchthauses in jener Stadt. Der Hochwürdige Redner zeigte sich dabei als gewandter Volksredner, der seine Zuhörer in hohem Maße zu fesseln weiß. Seine persönlichen Erlebnisse im Verkehr mit den Beamten und den unglücklichen Insassen dieses Strafinstituts, um deren seelisches Heil er sich zu sorgen hatte, wußte er bald in heiterer, bald in hochernster, ja erschütternder Weise zu schildern, so daß er mit seinen Worten einen nachhaltigen Eindruck auf die Zuhörer machte. Für den Student der sozialen Verhältnisse waren seine Ausführungen besonders lehrreich und für die Jugend, die gar zu oft durch Unbedachtsamkeit, schlechte Gesellschaft oder sündhafte Gelegenheiten auf Abwege gerät, eine heilsame Lehre.

Dr. Ira W. Porter gestorben.

Der bekannte und allgemein geschätzte Arzt Dr. Ira W. Porter, seit zwanzig Jahren erster Untersuchungsarzt der W. O. W. Loge, ist heute, an seinem 49sten Geburtstage, in seinem Heim, 422 nördliche 31. Straße, einem Herzschlag erlegen. Der Verblichene wurde bereits vor etwa zwei Wochen in seiner Office vom Schlage gerührt, schien sich aber zu erholen. Als ihm am Sonntag zum ersten Mal von der Negerlynchung mitgeteilt wurde, schien ihn dieser unselige Fall sehr zu erregen. Ueber die Beisetzung der Leiche ist noch nichts bekannt.

Die üblen Folgen des Lynchgerichtes

Mehrere Rädelsführer verhaftet. Gouv. McKelvie befürwortet Ebersteins Amtsentsetzung.

Die Anzahl der in Verbindung mit dem kürzlich hier begangenen Lynchmord verhafteten Personen nimmt stetig zu. Polizisten verhafteten am Samstag den an 1417 Caß Straßen wohnhaften L. J. Behring, der sich vier Zeugen gegenüber gerühmt haben soll, jener Mann zu sein, der den mißhandelten Bürgermeister Smith die Schlinge um den Hals gelegt hat.

Louis Weaver, 1537 südl. 17. Straße wohnhaft, der gestern verhaftet wurde, hat angeblich ein Geständnis abgelegt, demzufolge er durch die Explosion einer Kanne Gasolin schmerzhafte Brandwunden erlitt, als er die Office des County Clerk im Gerichtsgebäude in Brand setzen wollte.

Der 16 Jahre alte William Francis, ein Vetter des vergewaltigten Mädchens, der die erregte Menge zum Lynchmord aufgereizt haben soll und am Samstag inhaftiert wurde, weigert sich standhaft den Militärbehörden die Namen der anderen Anführer mitzuteilen, welche sich am Sonntag nachmittags in der Bancroft Schule versammelten. Vier andere Männer, deren Verhaftung verfügt wurde, halten sich noch immer versteckt.

Sieben weitere Personen wurden am Sonntag abends von Polizisten und den Militärautoritäten verhaftet. Insgesamt befinden sich gegenwärtig etwa 85 Männer wegen Teilnahme an dem Lynchmord in Gewahrsam. Der Jüngste unter ihnen ist wohl der letzte Nacht verhaftete 11 Jahre alte Frank Vilinta, 10. und Pierce Straße wohnhaft, der zugab, mit einem 22-kal. Gewehr mehrere Schüsse auf den hängenden Leichnam des gelynchten Negers abgegeben zu haben.

Am Samstag kam es in der Stadthalle zu einer lebhaften Sitzung, wobei auch die Amtsentsetzung des Polizeichefs Eberstein, der für den kürzlichen Lynchmord teilweise verantwortlich gehalten wird, in Erwägung gezogen wurde. Gouv. McKelvie hatte am Samstag nachmittags mit den Stadtkommissären Ure, Ringer, Zimman, Butler und Falconer eine Unterredung. Im Verlaufe derselben soll er sich geäußert haben, daß die Amtsentsetzung des Herrn Eberstein notwendig sei, da er das öffentliche Vertrauen verloren habe. Gerüchtweise verlautet auch, daß Herr McKelvie die Bemerkung machte, daß er in dieser Angelegenheit selbst handeln würde, falls sich die Stadtkommissäre nicht zu einer Entlassung Ebersteins entschließen würden.

Kommissär Ringer weigert sich bisher näher in die Angelegenheit einzugehen oder dieselbe zu besprechen. Er soll jedoch angeblich gewillt sein, lieber Polizeichef Eberstein fallen zu lassen, als selbst sein Amt zu riskieren. Möglich ist jedoch, daß Ringer sowie auch Eberstein aus dem Amt ausscheiden müssen.

Col. House reist nach den Ver. Staaten ab

Paris, 6. Okt.—E. M. House schiffte sich heute in Brest nach den Ver. Staaten ein. Er sagte, daß sich die Exekutivbehörde der Völkerliga wahrscheinlich zwei Wochen nach Ratifikation des Friedensvertrags in Paris versammeln würde.

Kabinett in Sitzung.

Washington, 6. Okt. — Staatssekretär Lansing hat auf heute nachmittag eine Kabinettssitzung einberufen, um wichtige Tagesfragen zu besprechen.

Per Aeroplan durchs Land.

Binghampton, N. Y. 6. Okt.—Frau Seymour Cox, Gattin eines Oelmagnaten in Houston, Tex., ist in Begleitung ihres neunjährigen Knaben in einem Aeroplan von Houston hier eingetroffen. Sie hat bereits 3,000 Meilen zurückgelegt.

Einbrecher sind wieder tätig.

Die Polizei wurde im Laufe des gestrigen Tages von einer Anzahl von Einbrüchen in Privathäusern verständigt, doch ist es bis jetzt nicht gelungen, einen der Diebe zu verhaften. Etliche derselben scheinen von einem Mann begangen worden zu sein, der durch das Herausscheiden der Türfüllungen in die Häuser eindrang und dieselben plünderte. Die Verlustträger sind wie folgt: A. Muroff, 2726 Franklin Straße, Winterrock; J. Walpole, 1104 Turner Boulevard, $12 in Borgeld; Joe Bender, 2833 Parker Straße, Rodek, Halskette, Shawl und Revolver; Frank E. Freeman, 152 nördliche 55. Straße, Diamantring und Vorstecknadel mit kleinem Diamant; Frank Barber, 3515 Davenport Straße, zwei Revolver und ein Paar Manschettenknöpfe.

Europäische Post.

Blockadewirkung auf die deutschen Kinder.

Die Sterblichkeit der Schulkinder war 1917 um 55 Prozent höher.

(„Vorwärts", Berlin.)

Ein erschütterndes Bild von den furchtbaren Folgen der englischen Hungerblockade geben die statistischen Mitteilungen, die der Leiter des Berliner Jugendamtes, Lic. Siegmund Schultze, veröffentlicht hat und über die in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" berichtet wird. Bereits im Herbst 1915 machen sich in den Großstädten die ersten Folgen der Blockade geltend, und die schädlichen Einwirkungen steigern sich dann unaufhaltsam. Die deutsche Kindersterblichkeit war im Jahre 1917, verglichen mit dem Jahre 1913, gesteigert um 2,4 Prozent bei den Säuglingen, um 49,3 Prozent bei den Kleinkindern von 2—6 Jahren, um 55 Prozent bei den Schulkindern von 6—15 Jahren. In absoluten Zahlen ergibt das die furchtbare Tatsache, daß 50,000 deutsche Klein- und Schulkinder 1917 mehr gestorben sind als 1913. Dabei war das Jahr 1917 in bezug auf die sogenannten „Kinderkrankheiten" sehr günstig. Die schrecklichsten Opfer forderten die Krankheiten, die letzten Endes auf Unterernährung zurückzuführen sind. So starben an Lungentuberkulose in Berlin im Alter von 4—5 Jahren 1915 20, 1916 35, 1917 47, im Alter von 6—10 Jahren, 1915 38, 1916 und 1917 je 55, im Alter von 11—15 Jahren 1915 53, dagegen 1917 133. Die Zahl der an Tuberkulose im Alter von 16—20 Jahren Gestorbenen erhob sich von 296 im Jahre 1915 auf 494 1917. Ebenso stark ist die Vermehrung der tödlichen Magendarmerkrankungen jenseits des Säuglingsalters. Es war also eine Verdreifachung, ja Vervierfachung der Todesfälle in Berlin festzustellen, und ähnliche Zahlen werden aus einer Reihe anderer Städte beigebracht. Die Sterblichkeit ist aber nicht das größte soziale Uebel, das durch die Hungerblockade hervorgerufen wurde. Noch viel erschreckender ist die Zahl der Erkrankungen, die bei der Tuberkulose um das Vierfache gegenüber der Friedenszeit stieg. In Breslau bezifferte sich die Zahl der Patienten des Vereins zur Fürsorge für unbemittelte Lungenkranke 1913 auf 9692, 1917 auf 20,609. Es bedarf keiner Erörterung, welche Ansteckungsmöglichkeiten da für die Zukunft gegeben sind: Der Verfasser weist auch an der Hand eindringlicher Fälle den engen Zusammenhang von Unterernährung und geistiger wie sittlicher Verwahrlosung nach. Während des Krieges kannten nur wenige Eingeweihte den ganzen Umfang dieser unerhörten Leiden. Der Verfasser hat aber dafür gesorgt, daß die hier angeführten Zahlen und Belege Wilson und Lloyd George bekannt wurden.

Hugenotten für Hohenzollern.

Berliner franz. reform. Kirche schickt Brief an Poincaré.

(„Berliner Lokal-Anzeiger.")

Die Mitglieder der französischen reformierten Kirche zu Berlin haben an den Präsidenten der französischen Republik eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: „Seit 234 Jahren in Deutschland ansässig, haben wir durch die Gnade und Toleranz der Hohenzollernfürsten eine zweite Heimat gefunden. Hat uns Hugenotten das reiche und ritterliche Frankreich das unseren Vorfahren zugefügte Unrecht wieder gutgemacht? Hat man uns auch nur einmal Ersatz für unsere konfiszierten Güter, zerstörten Häuser und Kirchen angeboten? In der jetzigen Zeit der Wiedergutmachung erwarten wir jetzt bestimmt vom demokratischen Frankreich eine Wiedergutmachung des uns zugefügten Unrechts, und zwar in der Form, daß unsere Wohltäter — die Hohenzollern — vollständig unangetastet bleiben, und zwar aus Dankbarkeit für die damals Tausenden von Franzosen in Brandenburg gewährte Aufnahme und Schutz vor Untergang." Unterzeichnet ist die Eingabe u. a. vom Ehrenbürger Berlins, P. Michelet, dem Geh. Kommerzienrat Ravené u. a. m.

Die Königin unter den Ostsee-Bädern.

Heringsdorf kann in diesem Jahre sein 100jähr. Bestehen feiern.

Heringsdorf. Wenn glücklichere Zeiten wären, dann würde Heringsdorf, die „Königin unter den Ostseebädern", in diesem Jahre wahrscheinlich mit entsprechender Pompentfaltung das Jubiläum seines 100jährigen Bestehens feiern, denn die Gründung von Heringsdorf erfolgte im Jahre 1819. Oberforstmeister von Bülow, der die Herrschaft Gothen auf Usedom mit dem zugehörigen herrlichen Forst und den Dörfern Neuhof und Neukrug zwei Jahre zuvor erstanden hatte, lichtete in diesem Jahre einzelne Waldsteen des bis an die Küste reichenden Forstes und verkaufte die so gewonnenen Baustellen an Fischerleute und Büdner. Der zunächst namenlose Ort vergrößerte sich allmählich, aber die ersten Badegäste kamen hierher, unter ihnen der Romanschriftsteller Willibald Alexis und der berühmte Schauspieler Eduard Devrient, dessen Gattin Therese die noch erhaltenen ersten Heringsdorfer „Badebriefe" an ihren Gatten nach Berlin geschrieben hat, die Einblick gewähren in die damaligen kleinen, aber idyllischen Verhältnisse des heutigen Weltbades. In dem heranwachsenden Badeort ging nach und nach das alte Stranddorf Neukrug auf. Die zuerst unbekannte Neugründung wurde aber der Kern des heutigen Heringsdorf und gab ihm seinen Namen. Diesen erhielt der junge Badeort erst am 6. Juni 1820 durch Friedrich Wilhelm IV., der hier in Begleitung seines Vaters dem Heringsfang zugesehen hatte und vom Oberforstmeister von Bülow gebeten wurde, dem Orte einen Namen zu geben. Die noch immer in Büchern anzutreffende Behauptung, Willibald Alexis (Dr. Häring) sei der Taufpate des Ortes, ist irrtümlich.

Heringsdorf nahm später einen immer glanzvolleren Aufstieg, besonders, seit 1872 das Seebad, das sich damals im Besitze der Gräfin von Stolberg-Wernigerode befand, an eine Aktien-Gesellschaft verkauft wurde, die Heringsdorf zu dem gemacht hat, was es heute ist. Insbesondere haben die an der Ostsee unvergleichliche, 500 Meter in die See reichende Landungsbrücke, die Anlage des Wildpartes, die 1906 aus 225 Meter Tiefe erbohrte Soolquelle, die internationalen Segelregatten, Wettschwimmen und Tennisturniere, die seit 1907 eingeführten Pferderennen, vor allem aber die prachtvolle Lage des großartig ausgebauten Badeortes zu diesem Aufstieg beigetragen. Heringsdorf war stets das besondere Seebad der Berliner; von Berlin gingen jeden Sonnabend die „Ehemänner-Züge" nach Heringsdorf ab. Die prachtvolle elektrische Abendbeleuchtung der Landungsbrücke und die Fülle der gesellschaftlichen Veranstaltungen haben dem Seebad begeisterte Verehrer zugeführt. Oft ging auch die deutsche Kriegsflotte vor Anker, eine wehmutsvolle Erinnerung gerade in diesen bitteren Tagen, da wir sie verloren. Sie wäre sonst wohl sicher zum 100 Jahr-Jubiläum nach Heringsdorf gekommen.

Wollte Krieg an Württemberg erklären.

Prozeß-Enthüllungen aus der bayerischen Revolutions-Fastnacht.

Vom Münchener Standgericht wurde der Verkehrsminister der Räterepublik, der Dreher Gustav Paulukum aus Ostpreußen zu 2½ Jahren Festungshaft verurteilt. Die Verhandlung warf neue Schlaglichter auf die grotesken Zustände, die während der Münchener Räterepublik herrschten. Paulukum, der vorher ein Amt in der Abteilung für Demobilmachung bekleidet hatte, gab bei seiner Vernehmung an, er habe sich bei der Abstimmung über die Ausrufung der Räterepublik seiner Stimme enthalten und die ganze Geschichte für einen ausgesprochenen Blödsinn erklärt. Gegen die Leute, die als Volksbeauftragte vorgeschlagen waren, habe er ein starkes Mißtrauen gehabt, aber schließlich mitgemacht in der Absicht, mit dem Russen- und Frauen-Regiment aufzuräumen. Als Beispiel für die Verrücktheiten, die in einzelnen Ministerien vorkamen, verlas er einen Brief, den der damalige Minister des Aeußeren, Dr. Lipp, an ihn gerichtet hatte, und der lautete:

„Mein lieber Amtsbruder! Ich habe an Württemberg und die Schweiz den Krieg erklärt, weil diese Hunde nicht die 60 Lokomotiven mir sofort leihweise überlassen haben. Ich bin sicher, daß wir siegen. Außerdem werde ich den Segen des Papstes mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Sieg erflehen."

Der Angeklagte will daraufhin zu dem Zentralrat gegangen sein und erklärt haben, daß er solche Dummheiten nicht mehr mitmache. Paulukum klagte, daß er während seiner Amttätigkeit nicht Volksbeauftragter, sondern Dienstmädchen für alles gewesen sei. So sei sein Posten keineswegs leicht gewesen. Nicht selten seien Kommunisten mit Handgranaten und Revolver bei ihm erschienen, um das eine oder andere bei ihm mit Gewalt durchzusetzen. Staatsrat Weigert vom Verkehrsministerium stellte als Zeuge dem Angeklagten kein ungünstiges Zeugnis aus. Paulukum habe es mit seinem Amte im allgemeinen durchaus ernst genommen.

Radikaler Sieg.

Starkes Anschwellen der Unabhängigen bei Wahlen in Oberhessen.

Gießen, 20. August. Die Kreistagswahlen in Oberhessen ergaben an manchen Orten ein so starkes Anschwellen der Unabhängigen, daß dadurch die Mehrheitssozialisten in die Minderheit gedrängt worden sind, so z. B. in der Stadt Gießen selbst, wo die Unabhängigen 1180, die Deutsche Volkspartei 1133, die Deutschnationalen 1111, die Demokraten 854 und die Mehrheitssozialisten 816 Stimmen, bei allerdings nur 25-prozentiger Wahlbeteiligung, erhielten. Demokraten und Sozialdemokraten, die bei der Nationalversammlungswahl mit annähernd gleichen Ziffern an der Spitze standen, sind auch gegenüber den beiden rechtsstehenden Parteien unterlegen.

Krupp-Sozialisierung.

Direktion der Gießerei und Werke befaßt sich mit Sozialisierung.

Berlin, 21. August. Wie aus Essen gemeldet wird, befaßt sich die Direktion der Kruppwerke in Essen mit der Absicht, die Kruppsche Gießerei und die Werke in kürzester Zeit zu sozialisieren.

Münchener ermordet Vater und Mutter.

Verbirgt die Leichen wochenlang in seinem Wohnzimmer.

München, 18. August. Ein grauenhaftes Verbrechen ist hier aufgedeckt worden. Der 16 Jahre alte Elektromonteur-Lehrling Josef Apfelböck hat seine beiden Eltern, seine 47jährige Mutter und seinen 50jährigen Vater, Taglöhnersleute, getötet und drei Wochen lang mit den beiden inzwischen stark in Verwesung übergegangenen Leichen in der Wohnung gehaust. Der Bursche hatte eine Kiste gezimmert, um darin die Leichen wegzuschaffen. Es fehlte ihm aber hiezu entweder der Mut oder die Gelegenheit.

Erst kürzlich fiel das Verschwinden des Ehepaares auf. Auf Befragen gab der Bursche an, die Eltern seien nach Niederbayern zu Verwandten verzogen, anderen sagte er wieder, sie seien nach Amerika ausgewandert. Einige Tage nach diesen Angaben des Burschen fiel den Leuten in der Umgebung ein eigentümlicher Geruch auf, der aus der Wohnung der verschwundenen Eheleute kam. Die Polizei wurde verständigt, die in die Wohnung eindrang, und das Ehepaar im Schlafzimmer ermordet auffand. Die Leichen waren vollständig entstellt und kaum zu erkennen.

Apfelböck wurde zur Polizei gebracht, wo er ein volles Geständnis ablegte. Darnach hat er die Mutter, als sie sich zu Bette legen wollte, mit einer Pistole durch zwei Schüsse in die Brust getötet. Als der Vater abends aus der Arbeit nach Hause kam, schoß er auch ihn mit derselben Pistole in den Unterleib und tötete ihn durch Messerstiche in die Brust. Weitere Einzelheiten waren aus dem Mörder nicht herauszubekommen, da er unmittelbar nach Ablegung des Geständnisses einen hysterischen Anfall erlitt und bewußtlos wurde.

Zahlung der Schulden an feindl. Gläubiger.

Zahlungsverbot bleibt bestehen, bis Ratifizierung erfolgt ist.

Seit Annahme des Friedens durch Deutschland fordern feindliche Gläubiger, wie ein deutsches Handelsblatt schreibt, häufig ihre deutschen Schuldner zur nunmehrigen Begleichung ihrer Verbindlichkeiten auf. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Vorbote von Zahlungen nach den feindlichen Ländern nach wie vor gelten und erst nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, d. h. nach dem Austausche der Ratifikationsurkunden mit drei feindlichen Hauptmächten, außer Anwendung treten werden. Alle Vorkriegsschulden sind nach Art. 296 des Friedensvertrages durch Vermittlung der Prüfungs- und Ausgleichsämter zu regeln, soweit die einzelnen Feindstaaten dies wünschen. Während aber die Feinde sich binnen eines Monats nach Inkrafttreten des Friedens zu erklären brauchen, ob sie dies wünschen, ist die deutsche Regierung nach Art. 296, 4a verpflichtet, vom Inkrafttreten des Friedensvertrages an alle Zahlungen von Vorkriegsschulden usw. zu verbieten und die Regelung dieser Schulden ausschließlich durch die Prüfungs- und Ausgleichsämter vorzunehmen. Das zu diesem Zweck zu erlassende Zahlungsverbot wird alsbald nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden ergehen. Deutsche Schuldner, die ihre Verbindlichkeiten jetzt privatim erledigen, laufen mithin Gefahr, daß der feindliche Staat, dem der Gläubiger angehört, unter Berufung auf die genannte Bestimmung des Art. 296, 4a die Zahlung dieser Schulden durch Vermittlung der Prüfungs- und Ausgleichsämter nochmals verlangt, ohne Rücksicht darauf, daß sie bereits direkt an den feindlichen Gläubiger bezahlt sind. Im eigenen Interesse der deutschen Schuldner liegt es daher, mit der Bezahlung ihrer Verbindlichkeiten zu warten, bis sich ersehen läßt, ob sie durch die Prüfungs- und Ausgleichsämter oder unmittelbar an die feindlichen Gläubiger zu erfolgen hat.

Drahtloses Telephon als Verkehrsmittel.

Reichspost arbeitet eifrig an neuem Fortschritt im Verkehrswesen.

Berlin. — Zu den Fortschritten, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der drahtlosen Telegraphie, namentlich auch der drahtlosen Schnelltelegraphie, erzielt worden sind, hat sich vor kurzem insofern ein weiterer erfreulicher Erfolg gesellt, als es gelungen ist, das drahtlose Fernsprechen zu einem praktisch verwendbaren Verkehrsmittel auszugestalten.

Die Erreichung dieses Zieles hat sich das Reichspostministerium deswegen besonders angelegen sein lassen, weil der drahtlose Fernsprechverkehr im Gegensatz zur drahtlosen Telegraphie kein ausgebildetes Personal für die Bedienung der Apparate erfordert und infolgedessen sich zur Nachrichtenübermittelung für weite Kreise mehr eignet.

Nach dem neuesten Stande der Technik ist ein drahtloser Fernsprechverkehr jetzt tatsächlich möglich. Die auf diesem Gebiete gemachten Versuche haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. U. a. ist vor kurzem versuchsweise mit Hilfe der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. (Telefunken) zwischen den großen Eelektrizitätswerken in Rummelsburg und in Oberschöneweide eine drahtlose Fernsprechverbindung eingerichtet worden. Die Anlage ermöglicht ohne jede Drahtverbindung eine gute Sprechverständigung in beiden Richtungen.

Der Anruf erfolgt durch einfaches Drücken auf einen Knopf. Bei der Gegenstation wird dadurch ein gut hörbarer, heller, summender Ton erzeugt. Im übrigen besteht in der Abwickelung des Gesprächs gegenüber dem Fernsprechen mit Drahtleitung kein Unterschied. Die Mittel, mit denen die Uebertragung der Sprache erreicht wird, sind verhältnismäßig einfach. Sie bestehen in der Hauptsache aus einem sogenannten Röhrensender und einem Audionempfänger, beide äußerlich als Glühlampen erkennbar, die in besonderen Kästen untergebracht sind und während des Betriebes durch den elektrischen Speisestrom zum Leuchten gebracht werden.

Durch den Röhrensender werden ungedämpfte elektrische Wellen von sehr hoher Schwingungszahl erzeugt, die bei dem Sprechen in das Mikrophon Verzerrungen erleiden. Diese werden im Empfänger aufgefangen und im Fernhörer als gesprochenes Wort zu Gehör gebracht. Bei jeder Station befinden sich zwei Luftdrähte (Antennen). Hierdurch wird es ermöglicht, daß bei beiden Sprechstellen gleichzeitig gehört und gesprochen werden kann.

Nach den beiden Versuchen gewonnenen Erfahrungen ist zu hoffen, daß der Fernsprecher ohne Draht neben dem Drahtfernsprecher bald eine wichtige Rolle unter den Nachrichtenverkehrsmitteln spielen wird.

Appell an dänische Sozialdemokratie.

Köster schreibt, Entente trachte nach Entfremdung beider Länder.

Im „Hamburger Echo" hat der Staatskommissar für Schleswig-Holstein, Genosse Dr. Adolf Köster, einen offenen Brief an die dänische Sozialdemokratie veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen: Aus dem Frieden droht für Deutschland und Dänemark ein Zustand tiefen Mißtrauens und dauernder Verstimmung hervorzugehen. Der siegreiche Imperialismus des Westens ist es, der zwischen Deutschland und Dänemark keine Freundschaft will. Wir wissen, Genossen, daß Ihr den Weg des Rechts und der brüderlichen Versöhnung gehen wollt. Wir appellieren in letzter Stunde noch einmal an Eure Solidarität. Was in Nord-Schleswig Wirklichkeit zu werden droht, ist eine Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes. Der siegreiche Entente-Imperialismus will den Hunger, die Sorge und die ökonomische Angst des Nord-Schleswigschen Proletariats umfälschen in ein nationales Bekenntnis. Auf die Grundrechte einer Nation ist nie ein verbrecherisches Attentat geplant worden. Wir wissen nicht, Getroffen, was uns die nächste Zukunft bringt. Durch Euer mannhaftes Eintreten für das Recht hat die Entente auf einen Teil ihres teuflischen Planes in Schleswig verzichten müssen. Aber die Gefahr ist noch nicht vorüber. Wir trauen dem Imperialismus des Westens alle Torheit, alle Gewalt zu. Niemals aber werden wir glauben, daß die dänische Arbeiterklasse sich zum Büttel dieser siegreichen Ententepolitik erniedrigen wird. Dänemark hat während des Krieges die Politik des Schakals verschmäht. Es wird auch bei Friedensschluß dasselbe tun. Wir wollen in Schleswig Recht für alle. In wenigen Tagen besetzt die Entente das Land, ihre Macht ist unumschränkt, furchtbar ist die Verantwortung, die Dänemark trägt, vor sich selber, vor der Geschichte, vor der Internationale. Und wir sind fest überzeugt, Genossen, daß Ihr Eure Pflicht tun werdet, wie wir die unserige.

Hamburger Bankstreik.

Das Schiedsgericht zur Beilegung des Hamburger Bankbeamtenstreiks hatte in Berlin einen Schiedsspruch gefällt, wonach den Beamten eine Wirtschaftsbeihilfe in verschiedenen Artikeln in abgestufter Höhe von 475 bis 950 Mark zu zahlen ist.

Kaiser-Abfindung.

Die „Freiheit" meldet aus Weimar: In der letzten Sitzung des preußischen Kabinetts wurde von Finanzminister Dr. Südekum eine Vorlage eingebracht, durch die dem Exkaiser für die ihm durch den unfreiwilligen Kronverzicht entgangene Zivilliste als kapitalisierte Abfindung 170 Millionen Mark ausbezahlt werden sollen. Fast alle Minister stimmten der Vorlage zu. Nur infolge des Widerspruchs des Landwirtschaftsministers Braun kam es noch nicht zu einem endgültigen Kabinettsbeschluß.

Ein Familiendrama.

Im Hause des bekannten 74jährigen Wiener Bildhauers Emanuel Pendl spielte sich ein aufsehenerregendes Familiendrama ab. Der Künstler machte den Versuch, sich mit seiner kranken Gattin zu töten. Er wurde in bewußtlosem, aber noch lebenden Zustand aufgefunden, seine Gattin war tot. In der Wohnung waren die Gashähne geöffnet. Das Ehepaar hatte den Tod durch Gasvergiftung gesucht. Der Gasgeruch war auf den Korridor aus der im 2. Bezirk, Wehlistraße 226 gelegenen Wohnung gedrungen und hatte bei den Nachbarn den Verdacht erweckt, daß ein Unglück geschehen sei. Die Wohnung wurde gewaltsam geöffnet und man fand Bildhauer Pendl auf dem Boden liegend.